

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1538
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 8.

Dienstag, 10. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 6.— Mark ohne Postgebühr, Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (7 Ellen) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. feste Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schädliche Unterhaltungsbeilagen, „Erzähler an der Elbe“, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Schulärztliche Beratungsstunden

vorm. 9—10 Uhr im Schulratzimmer der Carolaschule. Eingang: Haupteingang.

Für Knaben:

12. Januar
26. Januar
9. Februar
23. Februar
9. März
23. März

Für Mädchen:

19. Januar
2. Februar
16. Februar
2. März
16. März
30. März

Riesa, am 9. Januar 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Der Rat hat beschlossen, zu benennen:

das städtische Armenhaus — Versorgungsbau,
Armenamt — Fürsorgeamt,
den städtischen Armenarzt — Fürsorgeamt,
Armenauschuß — Fürsorgeamt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 6. Januar 1922.

Ohm.

Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59.

Die Konferenz von Cannes.

Wie einige Pariser Morgenblätter melden, sollen die alliierten Sachverständigen in der Reparationsfrage zu einer Einigung gelangt sein. Deutschland soll 100 Millionen Goldmark im Jahre 1922 als Entschädigung in bar zahlen. Diese Herabsetzung ist abhängig von der Annahme folgender Bedingungen:

1. Der deutsche Posttarif muß auf der Goldbasis fakturiert werden und nicht auf der Papiermark.
2. Die Eisenbahn- und Posttarife müssen erhöht werden.
3. Der Preis für Kohlen muß in Deutschland erhöht werden.
4. Deutschland muß alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sein Budget auszugleichen.
5. Deutschland muß Vorkehrungen gegen die Kapitalflucht nach dem Auslande ergreifen.
6. Jede weitere Ausgabe von Banknoten muß eingestellt werden.
7. Endlich soll eine Revision der Reichsbank erfolgen.

Deutschland hat an Sachleistungen 1250 Millionen Goldmark für 1922 zu leisten, in den beiden folgenden Jahren je 1000 Millionen. Die Befreiungskosten ausschließlich der für die amerikanische Armee sollen am 1. März nicht mehr als 250 Millionen Goldmark betragen. Zusätzlich einer Summe in Papiermark, die später festgesetzt werden soll. Der in Deutschland zu zahlende Kohlenpreis soll auf der Basis des französischen Verkaufspreises berechnet werden.

Der Sonderberichterstatter des „Temps“ schreibt seinem Blatte aus Cannes, nachdem es den Sachverständigen gelungen sei, die Delegierten des englischen Schatzkanzlers zu überzeugen, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit höher sei als sie annehmen, werde dadurch der Betrag der deutschen Darlehensleistungen für 1922 von 500 auf 700 Millionen Mark herabgesetzt werden können, was die Arbeit erleichtere. Bei der Verteilung werde jedermann zufrieden gestellt werden können. So gehe man also einer Verständigung entgegen, dadurch, daß man sich durch das Verhalten von Cannes leiten lasse. Die Frage sei, ob man, wie in Spa, nach Anhören der Deutschen zu einem Ultimatum schreiten werde, was zwar von Belgien und Frankreich für wirksam erklärt, aber von Italien abgelehnt und von England mit Widerstreben aufgenommen wurde. Die Beantwortung dieser Frage werde von den Deutschen abhängen.

Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Cannes, der Oberste Rat werde die deutschen Delegierten einladen, Paris am 10. Januar zu verlassen, um am 11. Januar in Cannes zu sein.

Das englisch-französische Übereinkommen.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Cannes meldet über die Beratungen zwischen Lloyd George und Briand: Beide Ministerpräsidenten geben jetzt zu verstehen, für die Konferenz von Cannes komme es augenblicklich vor allem darauf an, auf fester und breiter Grundlage ein Übereinkommen zwischen England und Frankreich zu schaffen, das den beiden Ländern ermöglicht, gewissermaßen den Frieden und die Stabilität Europas weiter zu unterstützen. Die Frage der Reparation, so wichtig sie sei, und auch die der Konferenz von Genua seien für den Augenblick von geringerer Bedeutung. Es sei klar, daß das englisch-französische Übereinkommen nicht nur Frankreich militärisch sicherstellen müsse gegen einen etwaigen deutschen Angriff. Es müsse auch England verpflichten, die Grenzen der mittleren, östlichen und südlichen europäischen Staaten gemeinsam mit Frankreich allein zu garantieren. Alle Garantien müßten gegenseitig sein und müßten England wenigstens die maximalen Sicherheiten gewähren, die es brauche. Es werde vielleicht möglich sein, mit dem englisch-französischen Übereinkommen einen umfassenden Vertrag zu verbinden, der sich auf die Gebiete der europäischen Nationen in dieser Hinsicht ebenso beziehe wie das in Washington abgeschlossene Viermächteabkommen auf die Beziehungen der Vertragsteilnehmer im Stillen Ozean. Ein solcher Vertrag bedeute tatsächlich ein Defensivbündnis der europäischen Staaten. Die möglichen Auswirkungen eines solchen Vertrages würden groß sein und sich wahrscheinlich nicht auf Europa beschränken.

Nach einer Havasmeldung aus Cannes wird in politischen Kreisen einer Frühzeit große Bedeutung beigegeben, bei dem gestern früh Briand, Lloyd George, Lord Curzon, Bonomi und Della Torretta zusammentraten. Man nimmt an, daß von den durch Briand und Lloyd George vorgelegenen Garantieabmachungen und von dem vorläufigen Anteil, den Italien daran nehmen könnte, die Rede gewesen sei. In italienischen Kreisen gelte man sich dem Beitritt zu dem französisch-englischen Garantieabkommen geneigt.

Der „Temps“ schreibt, in seinen Augen müsse das Übereinkommen, das in Cannes abgeschlossen werde, vor allem gegenseitige Garantien für die gemeinsamen und vitalen Interessen Frankreichs und Englands bieten. Der wesentliche Vorteil sei, daß es eine französisch-deutsche Entspan-

nung erleichtere, ohne daß England hierdurch in den Schatten trete. Deutschland könne beispielsweise aus freien Stücken den Bestimmungen beitreten, die einen Teil seines Landes entmilitarisieren, und den Bestimmungen, die die maritime Sicherheit Englands und Frankreichs aufrecht erhalten wollen. Dank einer derartigen Entspannung, die dann entstehen werde, werde die französische und die englische Regierung besser im Stande sein, die Konsolidierung des demokratischen Regimes in Deutschland zu begünstigen. Man könne sich auch vorstellen, daß eine Entspannung in Mittel- und Osteuropa eintrete, daß England und Frankreich ihre beiden Nachbarn, Italien und Spanien, um sich gruppieren. Für später könne man dann auch eine orientalische Entente ins Auge fassen, in der die Türkei und Rußland ihren Platz fänden. Für den Augenblick aber sollen England und Frankreich das Abkommen unterzeichnen und alsdann von den Deutschen sprechen, die gut daran getan haben, Dr. Rathenau wieder nach Frankreich zu entsenden.

Die Konferenz von Genua.

Nach einer Havasmeldung aus Cannes hat der Oberste Rat in seiner Abend Sitzung beschlossen, daß schon heute ein engerer Austausch sich mit den an die verschiedenen Mächte zu richtenden Einladungen zur Konferenz von Genua beschäftigen soll. Dieser Austausch soll die Tagesordnung der Konferenz festlegen, bevor die 10-tägige Tagung des Obersten Rates in Cannes zu Ende geht. Die russische Regierung werde dem materiellen Organisationsabkommen zustimmen. Man habe ursprünglich daran gedacht, das Völkerbundsekretariat mit der Vorbereitung der Konferenz von Genua zu beauftragen. Der Oberste Rat hat jedoch darauf verzichtet wegen der vorliegenden Schwierigkeiten, namentlich mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, die im Völkerbunde nicht vertreten seien.

Die russische Regierung teile dem Obersten Räte mit, daß sie die russische Regierung zu der Einladung zur Konferenz annehme, die im März einberufen werden soll. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptauswahnschusses werde die Wahl der russischen Delegierten vornehmen und ihnen ausgeählte Vollmachten überbringen.

Die Bildung eines Konfortiums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Die in Cannes versammelten alliierten Minister haben endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt betreffend die Einrichtung eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konfortiums festgelegt und die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling vorgezogen, an welche sich in den interessierten Ländern Tochtergesellschaften anschließen werden, deren Kapital in der Währung des betreffenden Landes gemessen werden soll. Die Hauptgesellschaft wird ihren Sitz in London haben.

Die russische Frage.

Zu einer politischen Versammlung in Gerning (Jütland) sprach gestern der dänische Minister des Äußeren Scavenius über die russische Frage. Der Minister sagte, die Frage sollte nüchtern und faktisch betrachtet werden, wodurch man genötigt sein würde, Forderungen aufzugeben und wieder einmal Fuß in der realen Welt zu fassen. Die Neuerrichtung von Lloyd Georges vom 15. Dezember seien als die Einleitung der ganzen Bewegung zu betrachten, die dieser Tage in Flug gekommen sei, und die das Ziel habe, eine wirkliche Grundlage für den allgemeinen Handel nach und von Rußland zu schaffen. Ich begrüße, sagte der Minister, die Bewegung mit Freuden, da sie in genauer Übereinstimmung mit dem von mir verkündeten Standpunkt steht. Der Versuch mit einzelnen Handelsabkommen ist fehlgeschlagen und mußte fehlschlagen in dem Augenblick, wo man dadurch größere Erfolge einer Handelsverbindung mit einem ökonomisch, produktiv und administrativ völlig zusammengebrochenen Lande wie Rußland erwartete. Damit Rußland hinsichtlich des Handels wieder in die Reihen der übrigen Nationen eintreten kann, müssen Veränderungen in dessen innerer Politik und Verwaltung vorgenommen werden und muß besonders große Arbeit geleistet werden, um Ordnung in das Verkehrsweien, das Geldweien usw. zu bringen. Durch Schaffung internationaler Zusammenarbeit sucht man jetzt die finanzielle Grundlage für diese Arbeit zu gewinnen. Wir müssen alle hoffen, daß diese Anstrengungen zu einem günstigen Ergebnis führen, dürfen jedoch nicht schon jetzt auf den nahen Gedanken verfallen, die dieser Tage in den Zeitungen der ganzen Welt veröffentlichten Telegramme als mehr denn als einen Versuch zu betrachten, die notwendige Stimmung für den Beginn der Arbeiten auf internationaler Basis zu schaffen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet muß auch dieser Rampagne Erfolg gewünscht werden, da es einleuchtend ist, daß alle, auch internationale Versuche mißglücken werden, wenn nicht die Öffentlichkeit mit Sympathie dahintersteht. Es ist wohl erklärlich, daß die Sowjetbehörden mit einiger Beängstigung diese Bewegung betrachten. Der bekannte Kritiker Nabel hat im offiziellen Sowjetblatt Prawda am 20. Dezember über diese Frage einen Artikel geschrieben,

in dem er diese Beängstigung ausdrückt und besonders ver sucht, Deutschland zu veranlassen sich fernzuhalten, durch die Bemerkung, es könne durch seine Teilnahme riskieren, in Rußland schon erreichte Vorteile zu verlieren. Es ist das alte Spiel, welches man fortzusetzen versucht, das darin besteht, durch Abbruch besonderer Übereinkommen mit einzelnen Ländern die Interessen der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen. Sofern die Welt sich einigt, ist doch guter Grund vorhanden zu glauben, daß Rußland, das ohne Hilfe seitens des verhassten Kapitalismus durch aus nicht mehr bestehen kann, gewonnen sein wird, nachzugeben. Selbstverständlich verliert das dänische Ministerium des Äußeren diese Bewegung mit dem allgrößten Interesse.

Parteitag der N. S. P. D.

Der Parteitag der N.S.P.D. in Leipzig nahm in seiner gestrigen Sitzung einstimmig zwei Entschließungen an, die das freie Wahlrecht für revolutionäre Ausländer sowie die sofortige Freilassung und Amnestierung aller politischen Gefangenen fordern.

In dem Bericht über die politische Lage, den der Reichstagsabgeordnete Dittmann auf dem Parteitage der N.S.P.D. im Namen der Parteileitung erstattete, lehnte er unter stürmischem Beifall die Koalitionspolitik ab, da ein Zusammenarbeiten der Partei mit kapitalistischen Parteien unmöglich sei. Allein der Klassenkampf sei Lösung. Die Koalitionspolitik sei heute das Haupthindernis der Einigung des Proletariats.

Von den Parteimitgliedern wurde ein Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das Proletariat vorlesen, in dem die Partei den Willen bekundet, ihre klare Klassenkampfpolitik fortzusetzen, frei von jedweder Regierungscoalition mit bürgerlichen Parteien und die nachfolgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Kampfziele in den Vordergrund stellt:

1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung,
2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit,
3. Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts,
4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte,
5. Verwirklichung des Grundgesetzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat,
6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts.

Die N.S.P.D. lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern. Dagegen fordert sie die Veranschlagung des Defizits mit solchen Methoden, die eine rasche Einziehung gewährleisten, die Steuerhinterziehung verhindern und die Besteuerung nach der wirklichen Vermögensfähigkeit garantieren. Leistungsfähig aber sind die Besitzer der Produktionsmittel, für die die Geldentwertung eine Quelle der Bereicherung geworden ist. Als Grundlage der Finanzreform verlangen wir deshalb die Erfassung der Schwere. Wir fordern weiter: Unverzinsliche Einziehung aller rückständigen Einkommen- und Vermögenssteuern der bestehenden Klassen für die Jahre 1919, 1920 und 1921. Erhebung der letzten zwei Drittel des Reichsnotopfers, härteste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Wertschatten und Bezugsrechte, Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Erfassung der Wertgewinne, verstärkte Erfassung der Auslandsdollars durch wirkliche Kontrolle der Ausfuhranmeldungen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Gewerkschaftsbewegung gegen die Inorganisierung. Am Sonntag fanden im Mansfelder Bergwerksrevier 28 Versammlungen der freien und Tarif beteiligten Gewerkschaften statt. Sie waren durchweg überfüllt und verliefen ohne Zwischenfälle. In allen Versammlungen wurde einstimmig beschlossen, bei den künftigen Tarifverhandlungen festzulegen, daß die inorganisierten und nicht als Tarifkontrahenten in Frage kommenden Arbeiter nicht in den Genus der sozialen Löhne und des Lohnurlaubs kommen sollten.

Die Eingruppierung der Handelslehrer. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst mitteilt, hat das Reichsgericht den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die Eingruppierung der Gewerbe- und Handelslehrer und der Handelslehrerinnen zurückgewiesen.

Die Frage eines Steuerkompromisses. Wie die Berliner Blätter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, finden heute Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Parteiführern über die Frage eines Steuerkompromisses statt, nachdem Vorerhandlungen mit den Parteien schon seit mehreren Tagen geführt wurden. Vormittags sollten Verhandlungen mit den Koalitionsparteien und nachmittags Besprechungen mit den Rechtsparteien abgehalten werden.

Die Finanzminister der Länder über die Forderungen der Beamten. Im Reichsfinanzministerium traten gestern die Finanzminister der Länder zusammen, um über die